



**SPD-Gemeinderatsfraktion Markgröningen / Unterriexingen**

# **Krise bewältigen. Gelassen handeln.**

Haushaltsrede zum Haushalt 2021

der SPD-Fraktion im Markgröninger Gemeinderat

(es gilt das gesprochene Wort)

Pedro Torres Fernandes – Fraktionsvorsitzender

09.02.2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kürner,  
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,  
sehr geehrte Damen und Herren!

Das Jahr 2020 war geprägt von vielen Herausforderungen. Dieser Virus zwang uns, und zwingt uns immer noch, unsere bisher liebgewonnene Freiheit einzuschränken. Es gilt Abstand zu wahren und seine Mitmenschen zu schützen. Es gilt sich zurückzunehmen und Verzicht zu üben. Die tagtäglichen Nachrichten über neue Corona-Fälle waren anfangs spannend, solange uns dieser Virus nicht allzu nahe kam. Er wurde real, als er dann auch unsere Stadt erreichte – mit voller Wucht, denn auch bei uns gab es Todesopfer infolge dieser Infektion. Unser gewohntes Leben wurde auf den Kopf gestellt: Lockdown, Homeschooling, Kurzarbeit, Abstand halten, Kontaktminimierung. Und in dieser Zeit haben viele Bürgerinnen und Bürger Großartiges geleistet. Ärztinnen und Ärzte, Krankenschwestern und -pfleger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Alten- und Pflegeheimen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Supermärkten und Drogerien, Paketzustellerinnen und Paketzusteller, hinzu kommen alle Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer in der Notbetreuung: Ihnen gebührt unser aller Dank, denn sie haben sich in dieser Zeit tagtäglich der Infektionsgefahr ausgesetzt, um unser gesellschaftliches Leben aufrecht zu erhalten. Unser Dank gebührt aber auch uns allen, die mit Disziplin und Respekt gegenüber anderen den Alltag bewältigen. Da kann man sich schon mal auf die Schulter klopfen.

Aber aus unserer Sicht war und ist wohl die größte Herausforderung in dieser Pandemie, die Gelassenheit zu wahren, gelassen auf getroffene Entscheidungen zu reagieren und gelassen gegenüber denjenigen zu sein, die diese Gelassenheit nicht an den Tag bringen können. Wenn man sich die letzten zwölf Monate Revue passieren lässt, dann stellt man fest, dass im Miteinander auch seltsame Reaktionen, wie beispielsweise Dünnhäutigkeit, an den Tag gekommen sind – und da nehme ich mich persönlich nicht aus.

Herr Kürner, Herr Schmelzer, Sie haben in Ihren Reden zur Haushaltseinbringung mehr Mut von diesem Gremium verlangt. Ich habe mir tagelang Gedanken zu Ihrem Appell gemacht und mich gefragt, ob uns der Mut in diesen Tagen verlassen hat.

Doch ich komme zu dem Schluss, dass es nicht so ist. Wir haben sicherlich nicht jede Entscheidung, die die Stadtverwaltung uns vorgeschlagen hat, mitgetragen. Und sicher haben wir die eine oder andere Runde mehr eingelegt als es nötig war. Aber der Diskussionsprozess und der kontroverse Austausch im Gremium ist uns wichtig, da wir in der Öffentlichkeit immer öfter auf unsere Entscheidungen angesprochen werden, und diese auch gegenüber der Bürgerschaft vertreten müssen. Mutig sind wir weiterhin. Wir haben trotz der schwierigen finanziellen Lage die Entscheidung zur Sanierung der Sporthalle I getroffen, die eine große finanzielle Belastung mit sich bringt. Auch den Neubau des Kindergartens Nonnenpfad inklusive Interimslösung haben wir beschlossen. Dass das Gremium angesichts des Investitionsvolumens nach Alternativen fragt, ist aus Sicht der SPD-Fraktion gerechtfertigt. Aber eines sollte uns auch klar sein: Weitere Verzögerungen bei diesem Vorhaben können wir uns nicht erlauben.

Der Betreuungsbereich ist schon heute eine große Baustelle. Der Betreuungsbedarf von Kindern unter und über 3 Jahren ist immens und stellt uns vor einen großen Handlungsdruck. Aber die Situation gibt uns auch die Chance, neue Wege zu gehen und eventuell neue Partnerschaften einzugehen. Und wir meinen hier nicht, dass wir verstärkt mit privaten Anbietern arbeiten sollen – denn diese Forderung beäugen wir sehr kritisch, hinsichtlich der Qualitätsstandards, der Arbeitsbedingungen des Personals und vor allem der anfallenden Kosten über den kompletten Vertragszeitraum. Wir wollen keine kurzfristigen Erfolgserlebnisse erzielen, die uns dann über die Jahre mehr kosten als wenn wir selber tätig sind. Wir wollen Partnerschaften mit den hiesigen Firmen, die den Betreuungsbedarf für die Kinder der Belegschaft erfüllen möchten. Aber viel Zeit bleibt uns nicht – wir müssen Gas geben.

Die Corona-Pandemie hat uns Defizite im Bereich Bildung aufgezeigt. Zwar haben wir mit der Digitalisierungsoffensive durch die Hardwareausstattung der Schulen einen ersten Schritt getan, aber wir hinken in diesem Bereich weiter hinterher. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich während der Pandemie weiter geöffnet. Daraus resultierend sind Haushalte mit einem großen Einkommen auch besser durch das Homeschooling gekommen als Haushalte, die über ein geringeres Einkommen verfügen. Neben der Einkommensschere klafft nun auch „die Bildungsschere“ auseinander. Der Vorstoß der Landes-SPD mit dem „guten Kita-Gesetz“, den

Zugang zum Kindergartenbereich kostenlos zu ermöglichen und somit die Bildung nicht vom Geldbeutel eines Haushalts abhängig zu machen, halten wir weiterhin für richtig. Herr Schmelzer, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede diese Idee stark kritisiert, da der Stadt hier 4,5 Millionen Euro fehlen würden. Eine Kommune wie Markgröningen könnte diesen Betrag gar nicht auffangen, und soll sie unserer Meinung auch nicht, denn das Land soll für diesen Betrag eintreten und die Kommunen bei der Realisierung der Bildungsgerechtigkeit finanzieren. Anders geht es finanziell nicht, aber der Weg ist der richtige. Wir stehen zu den gebührenfreien Kindergärten.

Im Bereich Wohnen, hat die Stadt im vergangenen Jahr doch einige Fortschritte erzielt. In Unterriexingen und Markgröningen wurden größere Wohnbauprojekte angepackt und stehen kurz vor der Fertigstellung. Doch: Reicht das aus? Mitnichten. Wir reden hier von Wohnungen, die zum Kauf auf dem Wohnungsmarkt angeboten werden. Wir brauchen aber auch mehr Wohnungen, die auf dem Mietmarkt auftauchen. Eine 3- bis 4-köpfige Familie, die eine passende Mietwohnung sucht, hat seit Jahren keine Chance, etwas Passendes in Markgröningen oder Unterriexingen zu finden. Die Folge: Junge Familien ziehen weg, ins Hinterland, wo sie noch bezahlbare Wohnungen finden. Um den Mietwohnungsmarkt bei uns attraktiver zu gestalten, hat die SPD-Fraktion den Antrag gestellt, ein Programm zur Wohnungs-Leerstands-Aktivierung ins Leben zu rufen. Wir halten nichts davon - wie in Tübingen - Eigentümer zu sanktionieren. Vielmehr müssen wir als Partner und Unterstützer für private Vermieter eintreten, um durch Beratungs- und Moderationsangebote und finanzielle Anreize leerstehende Wohnungen wieder auf den Markt zu bringen. Über Unterstützung unsererseits durch die Verwaltung und dem Gremium würden wir uns sehr freuen.

Im Bereich Städtebau arbeiten wir momentan von Fall zu Fall. Investoren kaufen Grundstücke, legen uns Pläne vor, wir beginnen mit einem Bebauungsplanverfahren und starten dann die Verhandlungen mit den jeweiligen Investoren. Entschieden wird dann immer von Fall zu Fall. Der Wohnungsdruck und der Zeitdruck eines Bebauungsplanverfahrens zwingen uns oftmals dazu, dass erhebliche Abstriche bei der Gestaltung des Stadtbilds gemacht werden (müssen). Wir wollen hier proaktiv entgegenwirken und wünschen uns die Einrichtung eines Gestaltungsbeirats. Der Gestaltungsbeirat soll die Stadtverwaltung als unabhängiges Expertengremium

schon in einem frühen Stadium bei der Beurteilung architektonischer und stadtgestalterischer Fragen im gesamten Stadtgebiet und der Teilorte unterstützen. Hauptziel ist dabei eine nachhaltige Planungs- und Baukultur und die Vermeidung von städtebaulichem Wildwuchs sowie architektonischer Fehlentwicklungen. Wir wünschen uns die Einrichtung eines solchen Beirats im Jahr 2021. Hier sehen wir große Vorteile in der tagtäglichen Arbeit und die Minderung von langen Diskussionen und Aufklärungsprozessen im Ausschuss für Umwelt und Technik als auch im Gemeinderat, was zu einer effizienteren Arbeitsweise führt. Die SPD wird dazu einen Antrag in den Rat einbringen.

Schon vor Jahren, genau genommen zum Haushaltsjahr 2015, hat sich die SPD für ein schnelles Internet stark gemacht. Die Lockdowns haben Angestellte zum Homeoffice und Schülerinnen und Schüler zum Homeschooling gezwungen, Privathaushalte haben Streamingdienste mehr in Anspruch genommen. Die Basis für das Gelingen dieses Vorhabens ist ein schnelles Internet. Im Markgröninger Stadtgebiet ist dies teilweise geglückt. In Unterriexingen hängen wir zwar hinterher, werden aber in diesem Jahr durchaus weiter kommen. Hierfür ein großes Dankeschön an die Stadtverwaltung, die sich für die Realisierung eines schnellen Internets in Unterriexingen reingehängt hat. Nur so bleibt Markgröningen und Unterriexingen auch als Wohnort und Lebensmittelpunkt attraktiv für Bürger und Unternehmer und sorgt dafür, dass die digitale Daseinsvorsorge umgesetzt wird.

Eine weitere Attraktivitätssteigerung für unsere Stadt ist die Reaktivierung der Bahnlinie zwischen Ludwigsburg und Markgröningen. Die Gründung des Zweckverbands ist hier bereits der richtige und wichtige Schritt für die Realisierung des Vorhabens. Jetzt müssen schnell weitere Schritte erfolgen. Dabei geht es um positive Zeichen gegenüber der Bevölkerung, allem voran um das Freischneiden entlang der Bahnlinie, das bis zum 28. Februar abgeschlossen sein muss und bereits vergeben wurde, sowie um die Planung der Brücke über die Ortsumfahrung. Dies kann aus unserer Sicht auch unabhängig vom Erfolg der Kaufverhandlungen des Zweckverbands mit dem Streckenbesitzer erfolgen. Denn die Strecke kann aus unserer Sicht auch angemietet werden. Wichtig ist uns, auch wenn wir uns wiederholen, dass die Strecke nach der Eisenbahnordnung EBO betrieben wird. Die Vorteile hierfür haben wir ja bereits in etlichen Sitzungsrunden und Reden vorgetragen.

Neben dem Schienenverkehr macht uns auch der Straßenverkehr Sorgen. Zwar waren die Fahrzeugbewegungen im vergangenen Jahr pandemiebedingt weniger, aber auch das wird sich bald wieder ändern. Daher müssen wir jetzt schon vorsorgen und für eine Verkehrsberuhigung zum Schutz von Fußgängern und Fahrradfahrern sorgen. Die Einrichtung einer 40-er Zone in den Straßenzügen, wo jetzt 50 km/h erlaubt sind, ist nur ein erster Schritt. Wir wollen auch verkehrslenkende Maßnahmen wie beispielsweise die Einrichtung von Einbahnstraßen innerhalb des Stadtgebiets, mehr Kontrollen bei der offensichtlichen Missachtung des LKW-Durchfahrverbots, stärkere Sanktionierung des ruhenden Verkehrs und weitere Maßnahmen im Bereich der Sicherheit für Fußgänger und Fahrradfahrer - mit besonderem Augenmerk auf die Schulwege. Hier haben wir als SPD bereits letztes Jahr einen Antrag gestellt und Unterstützung des Gremiums erhalten. Mit der Aufstellung der Poller entlang der Paulinenstraße konnten wir einen Beitrag zur Schulwegsicherung leisten. Und an diesem Beispiel wird auch eines klar: Manchmal sind es Ideen und kleine finanzielle Beträge, die mit dem nötigen politischen Willen eine große Wirkung erzielen und viele Bürgerinnen und Bürger zufrieden stimmen. - Aber bei diesen Vorhaben wollen wir es nicht belassen. Aus unserer Sicht macht es wenig Sinn, wenn wir nun stückchenweise Einzelmaßnahmen beschließen. Vielmehr macht es Sinn, wenn wir in einem Beteiligungsverfahren mit der Verkehrsbehörde, Polizei, den Eltern, Lehrern, Schülern, sonstigen Interessenvertretungen, dem Jugendbeirat und Gemeinderat die Sicherheit der Schulwege grundsätzlich überprüfen. Daher beantragt die SPD-Fraktion Gelder für ein Beteiligungsverfahren einzustellen.

Der Verkehr bewegt uns alle. Der Prozess der Verkehrsschau ist unserer Meinung nach sehr undurchsichtig und hat auch den Charakter des „stillen Kämmerleins“. Das kann so nicht bleiben hinsichtlich der vielen Themen, die es bei uns gibt. Wir wünschen uns im Jahr 2021 eine öffentliche Gemeinderatssitzung zum Thema Verkehr. Hier ist die Anwesenheit der Unteren Verkehrsbehörde und der örtlichen Polizei, sowie der Vertreter der Initiativen Bürgerforum Unterriexingen und Lärmschutz Markgröningen notwendig. Wir wollen nicht nur Themen ansprechen, sondern wir wollen auch Aufklärung zu bisherigen Ablehnungen - aber ganz besonders wollen wir eine Strategie vereinbaren, wie wir in den kommenden Jahren mit einzelnen Verkehrsfragen umgehen wollen.

Nutznieser der Pandemie war sicher auch unsere Umwelt, die sich durch die Verringerung des Verkehrs und somit der CO2-Reduzierung etwas erholen konnte. Viele lernten in dieser Zeit die heimischen Naherholungsgebiete zu schätzen. Und so langsam sollte es jedem klar sein: Unsere Umwelt müssen wir schützen. Unser Fokus liegt hier klar auf dem Ausbau der Biodiversität, den wir als strategisches Ziel in unser Markgröninger Steuerungsmodell aufgenommen haben. Das heißt, wir werden bei der Erstellung des neuen Flächennutzungs- und des dazu gehörenden Grünplans darauf achten müssen, dass beispielsweise durch die Errichtung von Biodiversitätspfaden der Schutz der Artenvielfalt gewährt wird. Wir wollen aber auch die Attraktivität des Glemstals und des Enztals zur Aufwertung unserer Kulturlandschaft steigern. Im Innenstadtbereich muss es uns gelingen, Grünbereiche zu schaffen. Nur so gelingt es uns, dass im Sommer die Stadt nicht mehr so sehr aufgeheizt wird wie bisher.

Das Ehrenamt ist bei uns sehr stark ausgeprägt. Die Arbeit der Ehrenamtlichen fand im vergangenen Jahr unter erschwerten Bedingungen statt. Für Veranstaltungen mussten Hygienekonzepte erarbeitet und eingereicht werden. Von bisher lieb gewonnenen Räumlichkeiten musste man auf größere und auf Abstand achtende Räume ausweichen. Es wurden neue, vor allem digitale Formate aus dem Boden gestampft. Unsere Ehrenamtlichen haben sich richtig ins Zeug gelegt. Allerdings gab es auch Vereine, die ihre Arbeit nicht so in Gänze ausleben durften, wie sie es bisher gewohnt waren. Die Musikvereine beispielsweise konnten ihre Proben kaum noch durchführen, von ihren Jubiläumsveranstaltungen ganz zu schweigen. Jeder Verein hat aber für sich versucht, den richtigen Weg einzuschlagen. Die SPD hält es für wichtig, die Ehrenamtsarbeit künftig zu koordinieren, vor allem dort, wo es Schnittstellen zur Verwaltung gibt. Es ist für uns sinnvoll, wenn es bei der Stadt eine zentrale Anlaufstelle für die Ehrenamtsarbeit gibt. Diese Unterstützung soll nicht nur den Vereinen eine Hilfestellung geben, sondern auch interne Verwaltungsabläufe effizienter gestalten. Diese Zentralisierung hilft uns sicherlich auch bei der Bewältigung mancher Großveranstaltungen wie beispielsweise dem Schäferlauf.

Der Schäferlauf musste im vergangenen Jahr leider ausfallen. An dem Wochenende, an dem er hätte stattfinden sollen, regnete es aus allen Kübeln. In der Nachbetrachtung gibt es darauf zwei Sichtweisen. Der eine sagt, bei dem Wetter können wir froh sein, dass er nicht stattgefunden hat. Der andere sagt, der Himmel

hat das Wochenende durchgeweint, weil wir unseren Schäfern nicht huldigen durften. Den Schäferlauf im Jahr 2020 abzusagen hat keinem am Tisch Freude bereitet, aber hinsichtlich der Pandemieentwicklung war es die richtige Entscheidung. Ob er dieses Jahr stattfinden kann, steht noch in den Sternen. Es wäre auch vermessen am heutigen Tag über eine Großveranstaltung zu reden. Ich würde es uns aber allen wünschen, vor allem allen Ehrenamtlichen, Vereinen und Schaustellern, wenn wir dieses Jahr wieder ein schönes Fest hätten und wir das beschlossene neue Schäferlaufdesign in der Öffentlichkeit präsentieren könnten.

Die finanzielle Situation der Kommunen ist in ganz Deutschland angespannt. Das geringere Steueraufkommen stellt die Kommunen vor eine finanzielle Belastungsprobe. Der uns vorgelegte Haushalt weist im Ergebnishaushalt ein Defizit von mehr als 5 Millionen Euro aus. Geringere Steuereinnahmen, hohe Personalkosten und hohe Transferaufwendungen in Richtung Landkreis und Region führen zu diesem Ergebnis. An strukturellen Themen arbeiten wir seit Jahren, und werden dies auch weiterhin tun. Aber nun in Hysterie zu verfallen, um kurzfristige Erfolge zu erzielen, ist der falsche Weg. Vielmehr müssen wir investieren, in Kinderbetreuung und in den Erhalt unserer Infrastruktur. Ganz nach John Maynard Keynes: „Der Staat muss aktiv in das wirtschaftliche System eingreifen, um die Instabilität marktwirtschaftlicher Systeme auszugleichen.“ Dabei ist es wichtig, dass es zwischenzeitlich jedem klar sein muss, dass wir mit Schulden leben müssen. Kaum eine Privatperson kauft sich ein Haus ohne ein Darlehen aufzunehmen, das sie über einen längeren Zeitraum zurückzahlen muss. Nichts anderes ist es bei einer Kommune. Die Darlehen müssen unserer Ansicht nach über den Lebenszyklus eines Vorhabens laufen. Das sollte der Kommunalaufsicht klar werden. Langfristiges Vermögen wird überall durch langfristige Passiva finanziert. Und wenn wir weiterhin auf eine Schuldenbremse drücken, dann werden wir notwendige Sanierungen weiterhin auf die lange Bank schieben müssen – bis wir dann vor dem Dilemma stehen, dass eine dringende Sanierung viel teurer ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, an dieser Stelle bedankt sich die SPD-Fraktion bei der kompletten Bürgerschaft, bei allen Unternehmen, Einzelhändlern, Fachbetrieben, Gastronomen, Vereinen und bei allen ehrenamtlich Tätigen für ihren Einsatz und ihren Beitrag für unser gesellschaftliches Leben in Markgröningen und in den Teilorten. Es war ein schwieriges Jahr 2020, und das Jahr 2021 hat ebenso

schwierig begonnen. Und trotzdem sind wir mit allen Fraktionen des Gemeinderats der Meinung, die Gemeindesteuern dieses Jahr nicht zu erhöhen. Ein starkes Zeichen des Rates gegenüber der Bürgerschaft. Wir hoffen auch weiterhin auf starke Solidarität innerhalb unserer Gesellschaft und dass die Bundes- und Landeshilfen nun endlich diejenigen erreichen, die sie dringend benötigen.

Lassen Sie uns diese Krise gemeinsam bewältigen und die richtigen Schlüsse daraus ziehen. Wir werden uns künftig anders aufstellen müssen – in jeglichem Bereich unseres Alltags. Die Pandemie hat uns eines gezeigt: Wir müssen alle digitaler werden, und da hinken wir u.a. mit Verwaltungsangeboten stark hinterher. Dies ist keine negative Kritik, sondern unsere Hoffnung darauf, Abläufe zu optimieren, um das Personal zu entlasten, Kosten zu sparen und die Bürgerinnen und Bürger besser zu bedienen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!